

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Dezember 2010
– Drucksache 14/7408**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaus-
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-
haltsjahr 2007
– Beitrag Nr. 6: Förderung von Verkehrsverbänden**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Dezember 2010 – Drucksache 14/7408 – Kenntnis zu nehmen.

07. 07. 2011

Die Berichterstatterin:

Tanja Gönner

Der Vorsitzende:

Guido Wolf

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/7408 in seiner 2. Sitzung am 7. Juli 2011.

Die Berichterstatterin trug vor, aus der Mitteilung der Landesregierung gehe hervor, dass bei einem nicht unerheblichen Teil der neu ausgehandelten Verbundförderverträge eine Laufzeit bis 31. Dezember 2018 vereinbart worden sei und bei den noch anstehenden Abschlüssen von Verbundförderverträgen ebenfalls dieses Enddatum angestrebt werde. Damit sei eine weitgehende, wenn auch noch keine vollständige Vereinheitlichung der Laufzeiten erreicht worden.

Die Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsverbänden habe sich schon deutlich verbessert und werde sich ihres Erachtens noch entsprechend weiterentwickeln.

Der Beratungsgegenstand könne ihres Erachtens als erledigt betrachtet werden.

Ein Abgeordneter der Grünen äußerte, der Beratungsgegenstand könne insofern als erledigt betrachtet werden, als weiter an der Umsetzung des Landtagsbeschlusses gearbeitet werde. Er bitte die Landesregierung, das Ziel, einheitliche Laufzeiten sowie Standards für die regionalen Verbundtarife zu erreichen, mit Hochdruck weiterzuverfolgen. Für die Bürgerinnen und Bürger, die den öffentlichen Nahverkehr nutzen, sei dies ein sehr wichtiges Anliegen.

Ein Vertreter des Rechnungshofs führte aus, die Laufzeiten und Standards der regionalen Verbundtarife seien so weit wie möglich vereinheitlicht worden. Aufgrund der unterschiedlichen Laufzeiten sei eine vollständige Harmonisierung und Vereinheitlichung nur langfristig möglich. Wenn zu einem späteren Zeitpunkt eine „Verdichtung“ erkennbar sei, könne versucht werden, Verträge mit Verbänden vorzeitig abzulösen, sofern dies sinnvoll sei. Dies gehöre dann jedoch zum Tagesgeschäft der Landesregierung.

Nicht ganz zufrieden sei der Rechnungshof mit den verbundübergreifenden Tarifen. Bei dem „Landestarif“, für den der Rechnungshof geworben habe, handle es sich nicht um einen landeseinheitlichen Tarif, sondern um einen Tarif für Fahrten über Verbundgrenzen hinweg, der es den Fahrgästen ermögliche, mit nur einem Fahrschein jedes beliebige Ziel zu erreichen. Eine solche Lösung, wie sie von den südbadischen Verkehrsverbänden praktiziert werde, könnte auch landesweit eingeführt werden.

Das in der Mitteilung der Landesregierung erwähnte E-Ticketing sei lediglich eine Möglichkeit zum Bezug einer Fahrkarte, biete jedoch keine Antwort auf die Frage der Tarifstaffelung. Der Rechnungshof bitte daher die neue Landesregierung, zu überlegen, wie weitere Fortschritte bei der Vereinheitlichung von Tarifen erzielt werden könnten.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur teilte mit, dem Wunsch des Rechnungshofs und des Abgeordneten der Grünen werde die Landesregierung gern entsprechen. Es sei ein wichtiges Ziel der neuen Landesregierung, die Tarife über Verbundgrenzen hinweg zu verbessern. Die Tarifhoheit und die Verbundtarife als solche blieben erhalten. Die Landesregierung strebe aber mittelfristig die Einführung eines Landestarifs für alle verbundüberschreitenden Fahrten an.

Ziel sei, dass die Fahrgäste zukünftig ohne großen Suchaufwand den richtigen Tarif ermitteln und die entsprechende Fahrkarte beziehen könnten.

Das Ministerium sei gern bereit, in einem Jahr über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Der Ausschussvorsitzende bemerkte, angesichts der Zusage der Staatssekretärin schlage er vor, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 14/7408 Kenntnis zu nehmen.

Ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen stimmte der Ausschuss dem Beschlussvorschlag des Vorsitzenden zu.

20. 07. 2011

Tanja Gönner